

## »» Antrag an die Diözesanversammlung 2019

**Antragsteller:** Lukas Wunderlich

**Antragsgegenstand:** Errichtung eines Atomkraftwerkes auf dem  
Diözesanzentrum Osterberg

### **Die Diözesanversammlung möge beschließen:**

Die Machbarkeit der Errichtung eines Atomkraftwerkes auf dem Diözesanzentrum Osterberg zu überprüfen und falls diese Studie positiv ausfallen sollte, ein solches dort zu errichten. Die Studie sollte wenn möglich noch in diesem Jahrhundert (bis 2100) angefertigt werden, damit das Kraftwerk spätestens im Jahr 2150 in Betrieb gehen kann.

### **Begründung:**

In der heutigen Zeit der erhöhten CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre, welche zu extremen Wetterphänomenen führt und damit zu Zerstörung und Leid, sollten wir als Pfadfinder der DPSG, die nach den Grundsätzen unseres Gründers Robert Stephenson Smyth Baden-Powell, 1. Baron Baden-Powell und den christlichen Grundsätzen der katholischen Kirche handeln sollten, alles in unserer Macht stehende tun, die Umweltbelastung durch CO<sub>2</sub> und somit diese dramatischen Folgen zu minimieren, die globale Erwärmung soweit uns möglich zu stoppen und ein Zeichen für nachhaltige Energie zu setzen. Die einzig sinnvolle Methode den Kohleausstieg zu unterstützen und die Umwelt zu schonen scheint die Errichtung eines Kernkraftwerkes auf dem Diözesanzentrum Osterberg zu sein.

Neben der eindeutigen Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen wäre ein eigenes Atomkraftwerk eine sinnvolle Erweiterung der Grundsätze für den Lebensmitteleinkauf in die Diözese auf weitere Aspekte des Lagerlebens, da wir dann auch unseren Strom regional und saisonal produzieren würden. Natürlich müssten wir uns als Betreiber für faire Arbeitsbedingungen einsetzen, um auch ein Fairtrade Siegel für den erzeugten Strom zu erhalten. Dies wäre dann aber wiederum in Einklang mit unserer Philosophie und wir würden einen weiteren Schritt zur Fairtrade Diözese machen.

Mit eigens produziertem Strom wäre der Diözesanverband unabhängig von steigenden Strompreisen, was uns einen Wettbewerbsvorteil im Vergleich zu anderen Zeltplätzen bringen würde. Weiterhin würden wir keine multinationalen Energiekonzerne mehr unterstützen die, die Umwelt bewusst für Profit ausbeuten. Denn auch viele lokale Stadtwerke sind, mindestens anteilig, in der Hand von Energieriesen wie RWE oder E.ON. Der überproduzierte Strom könnte auch an weitere Stämme im Bundesverband verkauft werden, um auch ihnen den Ausstieg aus diesem kapitalistischem System zu ermöglichen.

Das Einkommen das der Verkauf des überproduzierten Strom abwerfen würde, könnte wieder zurück in die Jugendarbeit fließen, bzw. in Projekte die die Umwelt



schützen, was unser Kraftwerk zum ersten grünen Kernkraftwerk der Welt machen würde und sich gut mit dem Pfadfindergesetz „**Als Pfadfinderin / Als Pfadfinder lebe ich einfach und umweltbewusst.**“ ergänzt.

Ein zusätzlicher Benefit einer solchen Einrichtung wäre, dass die produzierte Abwärme genutzt werden könnte, um den Zeltplatz im Winter zu beheizen. Dies würde uns wieder einen Wettbewerbsvorteil bringen und noch dazu die Buchung von Jugendhäusern wie Schloss Pfünz oder Habsberg überflüssig machen, da Veranstaltungen wie die Stufenkonferenz oder die Diözesanversammlung dann auch in Zelten stattfinden könnten. Dies würde auch etwaige Hausverbote wegen angeblich zu exzessiven Partys nichtig machen.

Da dann auch das Haus Ensfeld nicht mehr für uns als Begegnungshaus nötig wäre, könnte dort die Überwachungszentrale des Kernkraftwerkes eingerichtet werden. Es würden somit nicht nur in Pfünz sondern auch in Ensfeld Arbeitsplätze geschaffen, die Gleichzeitig mit einem Ausbau der dortigen mangelhaften Infrastruktur einher gehen würde.

Die Einrichtung der vorgeschriebenen Flugverbotszone über dem AKW Osterberg würde weiterhin die Attraktivität des Zeltplatzes zusätzlich erhöhen und zu einer stillen, idyllischen Atmosphäre führen.

Der Einschränkung der Zeltlagerfläche durch die Errichtung eines solchen Kernkraftwerkes könnte mit Investitionen der Stromrenditen in weitere Grundstücke, die an unser bisheriges Zeltplatzgrundstück angrenzen, ausgeglichen werden. Wenn der Preis stimmt, wird auch bestimmt jeder potenzielle Verkäufer einverstanden sein, bzw. es könnten etwaige behördliche Probleme gelöst werden.

Die Machbarkeitsstudie sollte sich direkt auch mit der Lösung der Endlagerproblematik befassen. Es wären hierbei verschiedene Lösungen denkbar. Es könnte mit den Einnahmen durch den Stromverkauf ein Bergwerk unterhalb des Osterbergs angelegt werden. Zunächst wären dabei die Grundinvestition sehr hoch, allerdings könnte die Lagerung von fremdem Atommüll schnell für hohe weitere Einnahmen sorgen. Als zweiter, günstigerer Lösungsvorschlag wäre die Entsorgung per Schiff im Mariannengraben möglich, da diese Methode von führenden russischen Wissenschaftlern empfohlen wird.

Es ist aber generell anzumerken, dass der Standort Osterberg optimal für ein Atomkraftwerk wäre, da im Gegensatz zu Japan dort nur selten Tsunamigefahr herrscht. Dennoch hatte Japan bis vor der Katastrophe 2011 in Fukushima mehr Atomkraftwerke als Deutschland obwohl die beiden Staaten von ihrer Wirtschaftskraft vergleichbar wären. Die im Moment niedrigere Zahl, der sich in Japan in Betrieb befindlicher AKWs lässt sich nach Meinung des Antragstellers auf unzureichende PR zurückzuführen und hat nichts mit einem möglichen Problemrisiko zu tun.

Der geplante Atomausstieg der Bundesregierung würde diesem Projekt nicht im Wege stehen, da mit den „richtigen“, „verlässlichen“ Politikern der Termin immer weiter verlängert werden wird und generell ein Umdenken zu erwarten ist, wenn sich die Pfadfinder der DPSG, mit den Vorreitern aus der Diözese Eichstätt, explizit für Atomkraft aussprechen würden.